

## INHALT

1. Editorial zum Themenschwerpunkt Migration und Integration
2. Der neue Geist der Integrationspolitik: Fordern und Fördern
  - Integration als Erpressung
3. Migration und Arbeit
  - Migration, Personenfreizügigkeit und der Kampf um Sozialstandards
  - Arbeitsmigration und Hausarbeit
  - Theoretisches zu Arbeit und Migration
4. Sans Papiers
5. Verschiedenes

### 1. Editorial

Liebes Denknetz-Mitglied, liebe LeserInnen,

Ist die Schweiz rassistisch? So fragte das Gratisblatt *heute* am 27.3.2007 angesichts der jüngst geäußerten Kritik des Uno-Sonderberichterstatters am zunehmendem Rassismus in der Schweiz. (Download des kompletten Berichts in englischer Sprache <http://www.ekr-cfr.ch/ekr/>). Mit Blick auf die Volksentscheide zum Ausländer- und Asylgesetz vom Herbst 2006 problematisierte dieser vor allem den Transfer von rassistischem Gedankengut in politische Abstimmungen und Wahlkämpfe (vgl. auch <http://www.humanrights.ch>).

In einer Pressemitteilung kritisiert der Bundesrat den Bericht, weil nicht „von Einzelfällen auf eine generelle Dynamik von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im ganzen Land geschlossen werden“ könne und verweist darauf, dass „das vom Sonderberichterstatter angesprochene Asylgesetz vom Souverän mit grossem Mehr beschlossen wurde“.

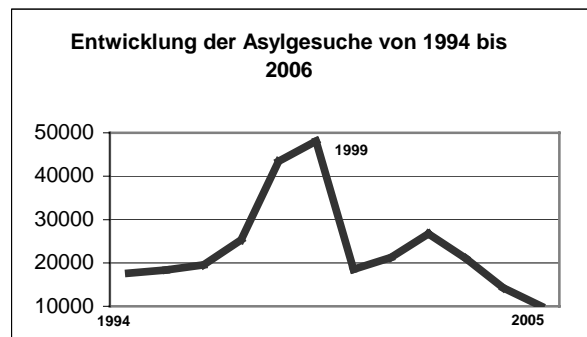


<http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=11755>

Der vorliegende Denknetz Infobrief möchte vor diesem Hintergrund aktuelle Trends zur Migrations- und Integrationspolitik und zur Debatte darum skizzieren und dadurch Orientierungsmarken für eine vertiefende Auseinandersetzung bereitstellen.

### 2. Der neue Geist der Integrationspolitik: Fordern und Fördern

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Asylsuchenden in den Einwanderungsländern infolge der immer restriktiveren Asylpolitik rasant gefallen. Für die Schweiz führt das Bundesamt für Migration die jüngere Entwicklung auf die „positive Wirkung“ des Sozialhilfestopps bei sogenannten Nichteintretens-



Quelle: Bundesamt für Migration, Schweiz

entscheiden seit dem 1.4.2004 zurück (vgl. die sogenannten „Monitoring Berichte Nichteintretensentscheide“, [www.bfm.admin.ch](http://www.bfm.admin.ch)).

Während immer mehr Menschen aus der „Festung Europa“ ausgeschlossen werden, rückt die Integration der „regulär“ immigrierten bzw. der im Lande geborenen Bevölkerung mit „Migrationshintergrund“ in den Vordergrund, die verstärkt „gefördert und gefordert“ werden sollen. Doch was bedeutet dies?

Zweifelsohne sind in den europäischen Einwanderungsländern MigrantInnen beim Zugang zu den wichtigsten Ressourcen guter Lebensbedingungen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung benachteiligt. Sie haben in der Regel schlechtere Bildungsabschlüsse, geringere Einkommen und sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Insofern kann zurecht von einem Scheitern bisheriger Integrationspolitik gesprochen werden, wie dies jetzt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) für die Schweiz konstatiert. Unter dem Titel "Die Schweiz ist ein Einwanderungsland - Integrationsoffensive jetzt!" lud sie zu einer Pressekonzferenz ein, auf welcher das neue Integrationspapier vorgestellt wurde.



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der innerhalb des PDF Formats per Mausklick abgerufen werden kann.

**Impressum:** Redaktion: Holger Schatz. Der Infobrief erscheint 4-5 mal pro Jahr. Ältere Ausgaben sind auf unserer Homepage abrufbar. Kontakt: <mailto:newsletter@denknetz-online.ch>



[http://www.spps.ch/fileadmin/downloads/Pospap/d/20061107\\_integrationspapier\\_d.pdf](http://www.spps.ch/fileadmin/downloads/Pospap/d/20061107_integrationspapier_d.pdf)

Das Papier liefert zunächst eine profunde Analyse, Bilanz und auch Kritik der Schweizerischen Integrationspolitik, die als ungenügend bezeichnet wird. Demgegenüber müsse eine „strukturelle Integration“ den echten „Zugang der Eingewanderten zu den relevanten Integrationsbereichen wie Schule, Berufsbildung und Arbeitsmarkt gewährleisten“.

An diesem Papier wird zum einen die starke Betonung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Nutzens einer solchen Integrationsoffensive kritisiert. Hier wird Integration klar aus der Perspektive der Schweiz betrachtet und definiert. Als problematisch wird ferner der Abschnitt zum Aspekt des Forderns gegenüber den MigrantInnen erachtet: „Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist ebenso die Integrationsbereitschaft der MigrantInnen. Ihnen müssen frühzeitig Chancen und Pflichten sowie Regeln und Grenzen aufgezeigt werden. Wichtige Elemente einer erfolgreichen Integration sind die Bereitschaft zum Erlernen einer Landessprache sowie die Kenntnis unserer Grundrechte und Grundwerte.“

Diese Pflichten sollen in sogenannten Zielvereinbarungen festgehalten werden. Es bleibt im Papier der SP jedoch völlig unklar, was genau darin festgehalten werden soll. Wie verbindlich sind diese Zielvereinbarungen und was passiert im Falle eines „Vertragsbruchs“ seitens der Einzugsliedernden?

Das Prinzip des „Förderns und Forderns“, wie wir es aus der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik kennen, scheint in der Tat zunehmend als Prämisse Eingang in die Debatten um Integrations- und Einbürgerungspolitik zu finden. Im Entwurf der Basler Kantonsregierungen zu einem neuen Integrationsgesetz heisst es: „Die Erteilung und die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung kann zur Erreichung der Integrationsziele mit der Auflage verbunden werden, dass ein Sprach- oder Integrationskurs mit ernsthaftem Engagement absolviert wird. Dies gilt auch für Bewilligungsverfahren im Rahmen des Familiennachzuges. Die Einzelheiten zum Kursbesuch werden in einer Integrationsvereinbarung festgehalten.“

Die Problematik, einen wie auch immer definierten „Integrationswillen“ zur Voraussetzung von Rechten zu machen, lässt sich an der diesbezüglich fortgeschrittenen Entwicklung in Deutschland aufzeigen.

### Integration als Erpressung

Am 28. März 2007 wurde in Deutschland das Gesetz zur Reform des Zuwanderungsgesetz beschlossen, dass im Wesentlichen EU-Richtlinien umsetzen will. Darin wird erstmals ein Bleiberecht für bislang nur „geduldete“ Flüchtlinge in Aussicht gestellt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, an welche strikte Voraussetzungen dies gebunden ist. So heisst es im Gesetz: „Geduldete, die am 1. Juli 2007 mindestens acht Jahre oder, falls in häuslicher Gemeinschaft mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern lebend, seit sechs Jahren sich in Deutschland aufhalten, ein Mindestmass an Integrationswilligkeit zeigen, über ausreichend Wohnraum verfügen, hinreichende mündliche Deutschkenntnisse besitzen und die Ausländerbehörden nicht vorsätzlich getäuscht haben, erhalten zunächst ein bis zum 31.12.2009 befristetes Aufenthaltsrecht und einen gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt, damit sie ohne Inanspruchnahme öffentlicher Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.“

Nach dem 31.12.2009 wird die Aufenthaltserlaubnis nur verlängert, wenn für die Zukunft Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer seinen Lebensunterhalt sichern kann und er nachweist, dass er in der Vergangenheit überwiegend erwerbstätig war.“ Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB sieht in dem neuen Gesetz vor allem „die Gefahr, dass die geduldeten Ausländer in jeden noch so miesen Job gedrängt werden und sich im Zweifel ausbeuten lassen müssen, um der Abschiebung zu entkommen.“

## 3. Migration und Arbeit

### Migration, Personenfreizügigkeit und der Kampf um Sozialstandards

Die zunehmende internationale Koordination der Zugänge zum Schweizer Arbeitsmarkt (Bilaterale Verträge der Schweiz und der EU, Abkommen zur Personenfreizügigkeit der ArbeiterInnen aus den alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten) hat in den vergangenen Jahren die linke und gewerkschaftliche Politik für den Erhalt und Ausbau Sozialstandards vor neue Herausforderungen gestellt. Mit dem Ja zur Personenfreizügigkeit bei gleichzeitigem Ausbau der „flankierenden Massnahmen“ zur Abwendung von Lohn- und Sozialdumping haben insbesondere die Gewerkschaften eine kohärente Antwort gefunden.



[http://www.dgb.de/presse/presse-meldungen/pmdb/presse-meldung\\_single?pmid=2948](http://www.dgb.de/presse/presse-meldungen/pmdb/presse-meldung_single?pmid=2948)



[www.integration-bsbl.ch](http://www.integration-bsbl.ch)



Zur Kritik des neuen Integrationsbegriffs vgl. auch den Aufsatz von **Simone Prodoliet: Integration als Zauberformel**, in: Widerspruch 51, 2006.



[http://www.sgb.ch/download/070531d\\_dlampart.pdf](http://www.sgb.ch/download/070531d_dlampart.pdf)



<http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/441546.html>



Widerspruch 51/06

Dass Arbeitsmigration und gute Sozialstandards nicht im Widerspruch stehen ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, sondern hängt stark von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Wie stark die Neigung einzelner Unternehmer ist, im Kontext der existierenden bzw. zu erwartenden Arbeitsmigration, bestehende Standards zu unterlaufen, zeigen unzählige Beispiele von Lohndumping auf Baustellen und in Betrieben und nicht zuletzt nun auch die Kündigung des Landesmantelvertrags im Baugewerbe. In diesem Spannungsfeld bilanziert **Vania Alleva die migrations- und integrationspolitischen Positionen der schweizerischen Gewerkschaften** und weist auf deren Defizite hin.

### Arbeitsmigration und Hausarbeit

**Helma Lutz:** *Migrantinnen als Dienstmädchen in der globalisierten Welt*, in Forum Wissenschaft 9/2006.

**Pia Tschannen:** *Putzen in der sauberen Schweiz. Arbeitsverhältnisse in der Reinigungsbranche*. gender wissen Bd 1, eFeF-Verlag, Bern und Wettingen 2003. Rezensionen u.a. im Widerspruch Heft 44/2003.

**Sarah Schilliger:** Festung mit Dienstboteneingang: Die aktuelle Migrationspolitik und ihre Auswirkungen. Manuskript des Referats von Sarah Schilliger (Soziologin an der Uni Basel und Mitglied von Attac) im Rahmen der Podiumsdiskussion über G8, Migration und Prekarisierung, 3. Mai 2007 in Freiburg/Brsg., 5. Mai 2007 in Bern.

### Theoretisches zu Arbeit und Migration

**Transnational Newsletter zu Arbeit und Migration** in, 3rd Issue, May 2007. Erhältlich in 7 Sprachen.

**Karl-Heinz Lewed:** Ausschluss und Zwang. Grundlagentext, der Migration, Rassismus und prekäre Arbeitsverhältnisse im sozioökonomischen Kontext einzuordnen versucht.

**Olaf Bernau:** „Festung Europa“- und „Autonomie der Migration“-Diskurse. In antirassistischen Bewegungen haben sich unterschiedliche Diskurspositionen zur globalen Migration v.a. von Flüchtlingen herausgebildet, die Klärungsprozesse herausfordern. Die theoretische Konzipierung von Flüchtlingsmigration wird mit entscheiden über die praktische Kritik und die Möglichkeit, antirassistische und weitere herrschaftskritische Positionen miteinander zu verzahnen.

**Encarnación Gutiérrez Rodríguez:** Institutionalisierte Ethnisierung und Ausschließung. Die Konstruktion ethnisierten Kollektive für Staat, Bildung und Arbeitsmarkt

Menschen nicht-deutscher Abstammung finden sich überproportional häufig im unteren sozialen Sektor, sei es im Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt. Daran hat auch der Ruf nach der "green card" für "hochqualifizierte" Einwanderungswillige nichts geändert - ganz abgesehen davon, dass eine große Zahl der in Deutschland unqualifiziert beschäftigten MigrantInnen durchaus hochqualifiziert ist, diese Qualifikation aber, insbesondere bei Frauen, durchgängig abgewertet wird. Der Text beschreibt die institutionalisierte Konstruktion ethnisierten Kollektive und deren Abwertung im deutschen Alltag.

### 4. Sans Papiers

In der Schweiz leben und arbeiten mindestens 90'000 MigrantInnen ohne Aufenthaltsbewilligung (Sans-Papiers). Mehr und mehr sind auch Minderjährige darunter. Im Zentrum einer neuen Publikation stehen die Resultate einer Studie sowie die Porträts betroffener Jugendlicher: „**Und ständig diese Angst**“ von Petra Leuenberger von der Hochschule für Soziale Arbeit Basel. Hrsg. von Pierre-Alain Niklaus/ Hans Schäppi: Zukunft Schwarzarbeit? Jugendliche Sans-Papiers in der Schweiz, 144 Seiten, Broschur, Fr. 22.-

### Flyer- Publikation der Unia in 8 Sprachen, März 2007.

Damit Sans-Papiers ihre Rechte einfordern können, müssen sie diese auch kennen. In einer Informationsbroschüre sind erste Informationen zu den wichtigsten Lebensbereichen wie Gesundheitsversorgung, Sozialversicherungen oder Schule für Betroffene kurz zusammengestellt.

### Sans Papiers in der Schweiz: Arbeitsmarkt, nicht Asylpolitik ist entscheidend

Eine Studie zur Zahl und Lebensweise von Sans Papiers in der Schweiz im Auftrag des Bundesamtes für Migration. AutorInnen: Claude Longchamp, Monia Aebersold, Bianca Rousselot, Silvia Ratelband-Pally

Departement Migration, Schweizerisches Rotes Kreuz (Hrsg.): **Sans-Papiers in der Schweiz: unsichtbar – unverzichtbar**. Reihe «Migration – Beiträge aus Theorie und Praxis» 2006, 280 Seiten.



<http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/277872.html>



[http://www.giub.unibe.ch/wg/Team/pia\\_tschannen/putzen.htm](http://www.giub.unibe.ch/wg/Team/pia_tschannen/putzen.htm)



<http://www.denknetz-online.ch/index.php?act=Attach&type=post&id=453>



[http://www.noborder.org/crossing\\_orders/index.php](http://www.noborder.org/crossing_orders/index.php)



<http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsrealpolitik/prerkaer/karlheinz.html>



<http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/277875.html>



<http://www.edition8.ch/autoren/sanspapiers.html>



<http://nordwestschweiz.unia.ch/Sans-Papiers.1339.0.html?&L=0>



<http://www.sozio-rends.ch/pub/sanspapiers.pdf>



## 5. VERSCHIEDENES

**Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht im Februar 2007 gegründet.**

Persönlichkeiten und Organisationen, welche sich für ein doppeltes Nein am 24. September 2006 eingesetzt haben, wollen nun mit klaren Beispielen beweisen, dass die neuen Gesetze – welche als notwendiges Mittel im Kampf gegen den Missbrauch präsentiert wurden – tatsächlich Flüchtlinge gefährden, neue Sans-Papiers, mehr irreguläre Situationen und teilweise auch neue Kriminalität produzieren, und dass sie keinen Beitrag zu einer Lösung der Probleme im Bereich Asyl und Immigration darstellen. [www.migrantsrightswatch.ch](http://www.migrantsrightswatch.ch)

**Mehmet Esiyok hat seinen Hungerstreik unterbrochen**

Nach 58 Tagen hat Mehmet Esiyok seinen Hungerstreik unterbrochen. Die Medien wurden davon mit einem Communiqué unterrichtet. Der medizinische Zustand des Häftlings ist gut. Vom Hungerstreik sind keine bleibenden Schäden bemerkbar, allerdings ist er noch geschwächt und wir noch etliche Tage im Inselspital bleiben. Mehr Infos: <http://www.augenauf.ch/esiyok/de/index.php>

**Demonstration am 16.6.2007: Wir sind die Schweiz**

Dritte gesamtschweizerische Grossdemo unter dem Motto "wir sind die Schweiz" gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Am Flüchtlingstag, **16. Juni 2007**, 13.30 Uhr, in Bern, <http://www.sosf.ch>

## Links

**Schweiz**

Coordination nationale des sans papiers en Suisse  
Collectif sans papiers de Fribourg  
Sans-Papiers Kollektiv Bern  
Sans-Papiers Basel/Nordwestschweiz  
Solidarité sans frontières  
augenauf  
augenauf Basel

**Flüchtlingsselbstorganisationen in Deutschland**

[www.thevoiceforum.org](http://www.thevoiceforum.org)  
[plataforma-berlin.de](http://plataforma-berlin.de)  
[carava.net/](http://carava.net/)  
<http://www.rasthaus-freiburg.org/>

**Sans Papiers Frankreich**

Pajol (Sans Papiers France)  
Cimade

## Vorschau

**Denknetz Jahrbuch 2008 ab Oktober im Handel****Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung**

Für den ökonomischen Mainstream ist der Markt das zentrale Referenzsystem. Der Markt sorgt für die bestmögliche Allokation der Ressourcen. Daraus leitet die Volkswirtschaft auch die führende Rolle ihrer Erkenntnisse gegenüber denjenigen anderer Gesellschaftswissenschaften und gegenüber der Politik ab. Doch wirtschaftliche Verhältnisse lassen sich nicht von sozialen Verhältnissen trennen, vielmehr *sind* sie soziale Verhältnisse. Sie *sind* Alltagsstrukturen, Macht, Abhängigkeiten. Ökonomie muss deshalb *politische Ökonomie* sein. Politische, soziale und ökonomische Verhältnisse sind untrennbar verwoben, sind Teil eines Gesamten.

Das Denknetz will Diskursräume für eine kritische, ganzheitliche, politische Sicht der Ökonomie fördern. Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse sind gleichermaßen Thema wie Handelsströme und Finanzpolitik, Care Economy und Service public interessieren ebenso sehr wie Cash flow und Emerging Markets, und diese Aspekte werden in ihrer gegenseitigen Durchdringung betrachtet.

**Denknetz Fachtagung Prekärheit**

Do, 15.11.07, 9:30 - 16:30 Egghölzli, Bern